

E-Government-Strategie

Die vorliegende Zusammenfassung dient als Überblick über die von der Stadt Remscheid und der PD erarbeiteten E-Government-Strategie. Zum vollen Verständnis wird empfohlen, die Strategie vollumfänglich zu studieren.

Die Stadtverwaltung Remscheid hat mit der Erarbeitung einer E-Government-Strategie die Basis für eine nachhaltige Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen gelegt. Damit ist die hier vorgelegte E-Government-Strategie Ergebnis der am 20.02.2018 eingereichten Mitteilungsvorlage zur Digitalisierungsoffensive. Dort antwortet die Stadtverwaltung auf die Anfrage der WiR-Ratsgruppe in Punkt 4 wie folgt: „Die Entwicklung einer eigenen E-Government-Strategie für die Stadt Remscheid ist als Grundlage für die örtliche Digitalisierung der Stadtverwaltung weiterhin notwendig.“ Nicht zuletzt ist die Entwicklung der Strategie aus dem Ratsbeschluss vom 16.11.2017 (HFB/042/2017) hervorgegangen. Darüber hinaus bildet die E-Government-Strategie die Basis, Projekte mit der landesweiten Förderung „Digitalen Modellregionen NRW“ durchzuführen, zu denen u.a. E-Government und Verwaltungsmodernisierung zählen.

1. Warum eine E-Government-Strategie für Remscheid?

Die Digitalisierung ist ein technologischer Megatrend des 21. Jahrhunderts. Soziale Netzwerke, Online-Plattformen oder Gruppenchats verändern die Lebens- und Arbeitswelt der BürgerInnen. Diese fordern verstärkt auch einen Online-Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen. Gleichzeitig existieren bereits digitale Verfahren innerhalb der Verwaltungen. E-Akte, E-Rechnung oder Digitale Poststelle – deutschlandweit führen Verwaltungen nach und nach Produkte aus dem Bereich „E-Government“ ein.

Auch der Gesetzgeber auf Bundes-, Landes- und Europäischer Ebene hat auf diese Entwicklungen reagiert und einen gesetzlichen Rahmen vorgegeben: zum Beispiel die EU-Richtlinie 2014/55/EU, das Online-Zugangsgesetz (OZG) oder die E-Government-Gesetze von Bund und NRW (vgl. E-Government-Strategie: Abschnitt 1.2.). Die Kommunen sind demnach zumindest teilweise verpflichtet, E-Government-Komponenten zu implementieren.

Kommunen sollten E-Government aber auch nicht nur aus einer rechtlichen Perspektive betrachten: Für Kommunalverwaltungen bietet die Digitalisierung zahlreiche Chancen:

- Viele Routineaufgaben lassen sich mit fortschreitender Digitalisierung deutlich schneller und effizienter bearbeiten. BürgerInnen empfangen dadurch eine höhere Dienstleistungsqualität.
- Die Effizienzsteigerung könnte den aus dem HSP ergebenden Stellenabbau abfedern sowie finanzielle und personelle Ressourcen schonen.
- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kann die Digitalisierung einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die kommunale Leistungsfähigkeit auch perspektivisch zu sichern.
- Eine digitale Verwaltung wirkt nach außen modern, serviceorientiert und bürgernah. Die Reputation der Stadt kann erhöht, das Vertrauen in die Verwaltung gestärkt werden.

Um diese Chancen zu nutzen, bereits bestehende digitale Projekte zu bündeln (vgl. E-Government-Strategie: Abschnitt 1.3.) und eine zukunftsfähige, moderne Stadtverwaltung Remscheid zu etablieren, benötigt es eine

Zusammenfassung für politische Akteure

übergreifende E-Government-Strategie. Die Strategie schafft erste Rahmenbedingungen, Steuerungsmöglichkeiten und definiert Ziele. Gleichzeitig bietet sie Anreize für mögliche Projektvorhaben und Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen einer digitalen Verwaltung.

Im regionalen Umfeld schreiten die Nachbar-Kommunen ebenfalls voran. Im Rahmen des vom Land geförderten Projektes „Digitale Modellregionen NRW“ arbeiten die bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal (Bergisches Dreieck) gemeinsam an Digitalisierungsprojekten.

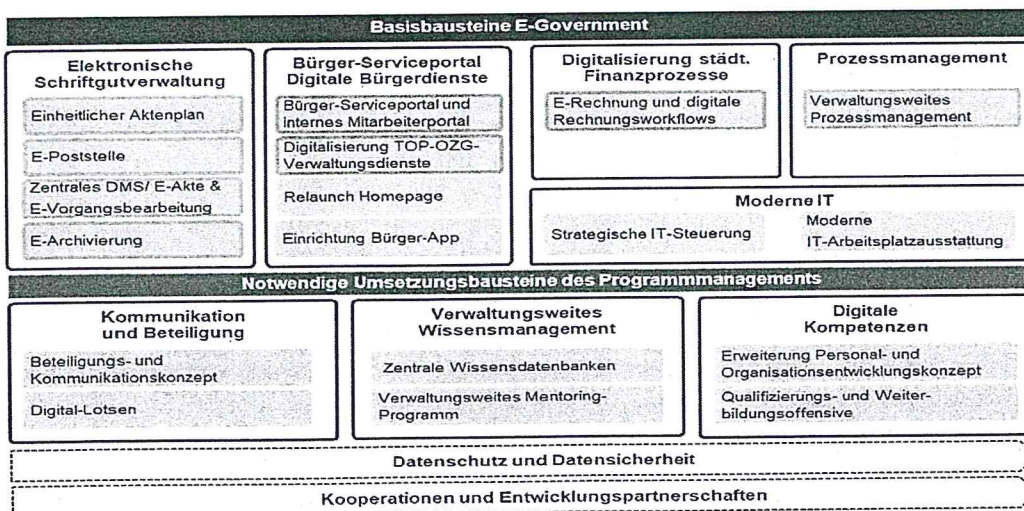
2. Die E-Government-Strategie der Stadt Remscheid

Die Einführung von E-Government bedeutet nicht nur die Schaffung einer modernen und zukunftsfähigen IT-Infrastruktur. Vielmehr handelt es sich um einen komplexen Veränderungsprozess, welcher eine Vielzahl organisatorischer, kommunikativer und kultureller Fragen aufwirft und eine Priorisierung verlangt. Von herausragender Bedeutung für eine erfolgreiche Digitalisierung ist daher die Festlegung strategischer Ziele. Diese Ziele dienen im gesamten Prozess als Leitplanken: Eine Maßnahme wird nur dann umgesetzt, wenn sie der Stadt hilft, die strategischen Ziele zu erreichen (vgl. E-Government-Strategie: Abschnitt 2).

Die Ziele der Stadt Remscheid sind:

- Zeitgemäßer Kundenservice: BürgerInnen einen sinnvollen, modernen und zeitgemäßen Service bieten
- Effizienz: Prozesse werden analysiert, optimiert und dann digitalisiert
- Rechtskonformität: Erfüllung aller rechtlichen Auflagen

In der Strategie wurden zentrale Basis-Bausteine des E-Government definiert, wie bspw. die elektronische Akte (E-Akte) als zentrale Infrastrukturkomponente zur vollständig digitalen Schriftgutverwaltung (vgl. E-Government-Strategie: Abschnitt 3.2). Notwendige Umsetzungsbausteine stellen die Veränderungsbegleitung sicher und garantieren die Einbindung der gesamten Belegschaft in den umfassenden Transformationsprozess. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über sämtliche Basis- und Umsetzungsbausteine.



Legende:

- ☒ verbindliche Umsetzung für Kommunen
- ☐ Orientierung an landes- und bundesrechtlichen Vorgaben

Zusammenfassung für politische Akteure

Einen detaillierten Überblick über die jeweiligen Bausteine und Projekte findet sich in der E-Government-Strategie ab Seite 19.

3. Organisation und Ansprechpartner der E-Government-Strategie

Die Erfahrung zeigt, dass die Umsetzung von E-Government-Komponenten nur mit Hilfe eines professionellen (Multi-) Projektmanagements oder Programm-Managements gelingen kann, da eine Vielzahl an Projekten in unterschiedlichen Projektstadien parallel laufen. Mit dem Programm-Management werden die verschiedenen Teilprojekte übergreifend gesteuert und koordiniert sowie Fortschritte und der Ressourcenverbrauch kontrolliert und dokumentiert. Das Programm-Management – unterstützt von PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH – wird aktuell aufgebaut.

E-Government wirkt sich zudem auf sämtliche Verwaltungsbereiche aus und bedingt eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit von Verwaltungsvorstand, zahlreichen Querschnittsbereichen und den entsprechend zuständigen fachlichen Einheiten. Vor diesem Hintergrund und aus organisatorisch/prozessualer Perspektive, sollte die E-Government-Koordination in einer bei dem Oberbürgermeister angesiedelten Stabstelle verankert werden. Es empfiehlt sich, eine für die Digitalisierung verantwortliche Person zu benennen – den Chief Digital Office (CDO). Mit Herrn Zimmermann ist ein CDO bereits benannt worden. Er ist für die Koordinierung aller E-Government-Aktivitäten zuständig.

4. Zusammenfassung: Das Wesentliche

- Gesellschaftliche, politische und rechtliche Treiber sowie verwaltungsinterne Rahmenbedingungen (Fachkräftemangel, HSP und demographischer Wandel) bedingen die Einführung von E-Government in der Stadtverwaltung Remscheid.
- Eine übergeordnete Strategie unterstützt die koordinierte und nachhaltige Implementierung von E-Government-Komponenten.
- Ziele des E-Government in Remscheid sind „bürgernaher Service“, „Effizienz“ und „Rechtskonformität“.
- Die Strategieumsetzung erfolgt in einer Vielzahl von Basis- und Umsetzungsbausteinen. Aktuell wird der übergreifende Steuerungsmechanismus „Programm-Management“ implementiert.
- Herr Zimmermann ist neuer CDO (Digitalisierungsbeauftragter) der Stadt. Er berichtet an den Oberbürgermeister und nimmt an den VV-Sitzungen teil. Er ist Ansprechpartner sowie Verantwortlicher in Fragen und Projekten im Bereich Digitalisierung und E-Government.